

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Condorcet: Tägliche Lesezeit in Grundschulen wirkt stark**
- **Gertraud Teuchert-Noodt: 20 Thesen zu digitalen Medien aus Sicht der Hirnforschung**
- **Vittoria Braun: Eine Hausärztin in Sorge: Wie Amazon & Co die ärztliche Versorgung verdrängen wollen**
- **Krankenhausreform auf holprigem Weg**
- **Bundesregierung wertet kaum Daten zu Impfnebenwirkungen aus**
- **Milena Preradovic: "Regierung agiert verfassungswidrig" – mit Prof. Dr. Boehme-Neßler**
- **Norbert Häring: ... Index der gefährlichen Bücher ...**
- **Norbert Häring: ... KI-Modelle trainieren mit ePA-Daten bei abgespecktem Datenschutz**
- **Karsten Montag: Der Krieg ernährt den Krieg**
- **GFP: Die Konzentration der europäischen Rüstungsindustrie**
- **GFP: Das Mindset für den Krieg**
- **Ralph Bosshard: Eurasien organisiert sich selbst, während Europa sich kastriert**
- **Andrej Hunko: Demokratische Standards fallen der Geopolitisierung zum Opfer**
- **Michael Lüders: Wasteland. Der mörderische Alltag im Nahen Osten**
- **Deutschland muss umgehend aufhören, die Vernichtung von Palästinensern zu unterstützen**
- **Syrien: Schutzlos fremden Interessen ausgeliefert**
- **Patrick Lempges: Man kann das Paradies nicht mit Blut erkaufen**

Zitat des Monats von [Wolfgang Bittner](#):

Was sich zurzeit zwischen Deutschland und Russland abspielt, ist eine Tragödie.

Es ist eine Jahrhundert-Katastrophe.

Besonders tragisch ist, dass sich Deutschland jetzt zum dritten Mal
gegen Russland in Stellung bringen lässt.

Das war im Ersten und Zweiten Weltkrieg so und ist auch jetzt wieder der Fall.

Editorial

*Lesen hat eine grundlegende Bedeutung im Bildungsprozess, was nun in Bremen wissenschaftlich bestätigt wurde. Dazu passt auch die Erkenntnis, dass **körperliche Bewegung** insbesondere Heranwachsender wegen der zunehmenden Digitalisierung zurückgeht – und damit auch die Gedächtnisleistung. Ebenfalls gesundheitsschädigend ist die **Kommerzialisierung des Gesundheitswesens**, die unter anderem durch den Kauf von Krankenhäusern durch berufsfremde Finanzinvestoren geschieht. Zur **Krankenhausreform** insgesamt informieren wir in einem Beitrag, der sich auf mehrere Quellen abstützt. Das Gesundheitsthema wird ergänzt um die Beobachtung, dass das Paul-Ehrlich-Institut auch Anfang 2025 kein Interesse daran erkennen lässt, die **Nebenwirkungen von Covid-Impfungen** zu untersuchen und auszuwerten.*

*Zum Thema **Meinungsfreiheit** in der Bundesrepublik hat Milena Preradovic den Verfassungsrechtler Boehme-Neßler interviewt, der hierzu kritisch Stellung nimmt. Norbert Häring stellt dar, dass in öffentlichen Bibliotheken zunehmend zensurähnliche Verhältnisse einkehren und dass der Aufbau der KI-Techniken mit einem Abbau von Datenschutz einhergeht.*

*Leider nimmt das Thema **Krieg** wieder einen breiten Raum ein. Karsten Montag stellt die Frage, woher das Geld für die immensen deutschen Ausgaben für den Ukrainekrieg stammt und nennt **Verschuldungen und Kürzungen** in gesellschaftlich relevanten Bereichen. 'German Foreign Policy' berichtet über die massive Ausweitung der Rüstungsindustrie und die **propagandistische Einstimmung** der Bevölkerung auf zu erwartende Mängel z.B. bei der Gesundheitsversorgung. Es geht um **Geopolitik**, wobei Ralph Bosshard die Meinung vertritt, dass **Europa** (EU) gegenüber der Selbstorganisation eurasischer Länder bereits deutlich zurückfällt, auch wenn man westlicherseits z.B. in **Georgien** versucht hat, entgegen demokratischen Gepflogenheiten Einfluss zu nehmen, worüber Andrej Hunko berichtet.*

*Im letzten Themenblock wird **Israel/Palästina und Syrien** thematisiert. Michael Lüders erläutert die imperialistischen und völkermörderischen Pläne Israels. Deshalb haben tausende Wissenschaftler, Journalisten, Autoren aus aller Welt die Bundesregierung aufgefordert, die **Unterstützung Israels** für diesen Plan einzustellen.*

.....

.....

*Karin Leukefeld berichtet von ihrer aktuellen Reise nach **Syrien und Libanon**, wo sie den **politischen Umsturz** und seine Folgen aus nächster Nähe miterlebt hat. Sie schildert ihre persönlichen Eindrücke vor Ort und Überlegungen zur Lage und den Zusammenhängen in mehreren Beiträgen. Abschließend stellen wir eine israelische **Kriegsdienstverweigerin** vor, die mit ihrer klaren Sicht und ihren mutigen Handlungen ein hoffnungsvolles Beispiel gibt.*

[Inhalt](#) ↑

- **Condorcet: Tägliche Lesezeit in Grundschulen wirkt stark**

Die Einführung des "Lesebands" in Bremer Grundschulen, d.h. einer zusätzlichen täglichen Lesezeit von 20 bis 25 Minuten, zeigt laut einer Pressemitteilung der Bildungsverwaltung [schon nach sechs Monaten "beeindruckende Ergebnisse"](#). Tatsächlich belegt eine aktuelle Evaluation des Instituts für Qualitätsentwicklung in Bremen (IQHB), dass 96,9% der Befragten (Lehrkräfte und Erzieher) aus den 220 teilnehmenden Grundschulen von der Initiative überzeugt sind, die in Zusammenarbeit mit der Unternehmerstiftung für Chancengerechtigkeit initiiert wurde. Die Schulen setzen das "Leseband" überwiegend wie vorgesehen um: In 70% der Klassen wird täglich 25 Minuten gelesen, in 25% der Klassen 20 Minuten. Besonders positive Erfahrungen machen Schulen, die das "Leseband" in längere Unterrichtseinheiten wie Doppelstunden integrieren. Hier bleibt genügend Zeit für das Ankommen und die anschließende Weiterführung des Fachunterrichts. 60,5% der befragten Unterrichtenden haben durch das "Leseband" auch ihren regulären Leseunterricht weiterentwickelt.

Der Schweizer [Condorcet-Blog](#) ist ein Zusammenschluss von Autoren (Lehrkräfte, Journalisten, Philosophinnen, Eltern usw.), denen die Bildung für alle am Herzen liegt und die das Bestreben eint, mit Kritik, Offenheit und Diskurs einen bescheidenen Beitrag zum gegenwärtigen Bildungsdiskurs zu leisten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Gertraud Teuchert-Noodt: 20 Thesen zu digitalen Medien aus Sicht der Hirnforschung**

Die Neurobiologin Gertraud Teuchert-Noodt hat 20 Thesen zu digitalen Medien aus Sicht der Hirnforschung aufgestellt. In ihrer grundlegenden ersten These legt sie folgenden Grundstein: "Je reichhaltiger die Kinderjahre mit Bewegungsaktivitäten gefüllt werden, umso optimaler wirkt sich das auf die Reifung mentaler Funktionen aus. Denn [Kinder sind auf vielfältige körperliche Bewegungen angewiesen](#), um reale Erfahrungen in Raum und in Zeit im Gehirn zu verankern. Laufen, Klettern, Purzeln, Balancieren sind und bleiben deswegen die initialen Stimulanzen, ohne die sich Verschaltungen in den motorischen und den nachgeschalteten Hirnregionen nicht normal auszubilden vermögen." Über die beiden ersten Lebensjahrzehnte reifen und differenzieren sich die Nervenetze des Gehirns immer weiter, z.B. durch Schreiben, Rechnen und Lesen. Aber diese Reifung werde durch Überaktivierung, wie sie durch Nutzung digitaler Medien provoziert werde, torpediert. Nach Teuchert-Noodt lernt der Mensch aus Erfahrung in Form von selbständigem Lernen und Gedächtnisübungen. Mediennutzung aber schade der Gedächtnisbildung und dem

kognitiv-emotionalen Leistungsvermögen, was “zum Verlust der Urteilsfähigkeit führen, ein Angst- und Suchtsyndrom, Burnout und Depression auslösen“ könne.

Mit den Folgen der intensiven Nutzung von digitalen Medien in unserer Gesellschaft setzen sich neben Teuchert-Noodt und Peter Hensinger weitere Autoren in den beiden Bänden “Smart City, Digitale Bildung, Elektromagnetische Felder. Informationen zu den Folgen der digitalen Transformation unserer Gesellschaft“, [Band I](#) und [Band II](#), auseinander.

[Gertraud Teuchert-Noodt](#), Jg. 1944, ist Neurobiologin. Sie leitete von 1979 bis 2005, an der Universität Bielefeld den Bereich Neuroanatomie an der Fakultät für Biologie. Ihre Schwerpunkte u.a.: Humanbiologie, Lern- und Psychoseforschung, Drogenwirkung und Suchtentstehung. Mitbegründerin des “Bündnis für humane Bildung. Aufwach(s)en in einer digitalen Welt“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Vittoria Braun: Eine Hausärztin in Sorge: Wie Amazon & Co die ärztliche Versorgung verdrängen wollen**

Seit mehr als 20 Jahren kaufen Konzerne (berufsfremde Finanzinvestoren) im deutschen Gesundheitswesen nicht nur Krankenhäuser, sondern auch Arztpraxen in großem Umfang. Die Entwicklung hat laut Vittoria Braun unter der damaligen Gesundheitsministerin Andrea Fischer mit Einführung der “Individuelle Gesundheitsleistungen“ (IGEL) begonnen und wurde dann von der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt unter Beratung durch Karl Lauterbach mit der Einführung der Fallpauschalen vorangetrieben. Heute verkaufen Fachärzte für Augenheilkunde ihre gutgehenden Praxen zur nochmaligen Gewinnoptimierung und preisen als Angestellte von medizinunkundigen Finanzinvestoren ihren Patienten fragwürdige IGEL-Leistungen an.

Ärzte, Krankenschwestern/pfleger und medizinische Fachangestellte werden gedrängt, die von ihnen vorgenommenen Tätigkeiten auf Hardware und Software umzustellen, da die Finanzinvestoren die Auffassung vertreten, dass die Arztpraxis von heute der Vergangenheit angehört. Entpersonalisierung ist das Gebot der Stunde. Braun erinnert an die Thesen des Ethikrates der Bundesärztekammer zur Ökonomisierung der ärztlichen Berufstätigkeit (2022), in denen es heißt: “Insbesondere die [zunehmende Ausrichtung des Gesundheitswesens auf die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse](#) hat Ärztinnen und Ärzte vor besondere Herausforderungen gestellt, denn die Orientierung der ärztlichen Tätigkeit an ökonomischen Parametern kann in ein Spannungsfeld mit ihrer Verpflichtung auf das Wohl des Patienten geraten.“

Um in der wissenschaftlichen Medizin wieder Ursachen von Erkrankungen zu erforschen, ihrer Heilung auf der Spur zu sein und Gesundheit zu fördern, Ärzte und Patienten wieder in den Mittelpunkt zu stellen, ist es nach Vittoria Braun notwendig, die derzeitige Schiefelage der Überversorgung im technisch-diagnostischen Bereich und der Unterversorgung im nichtinvasiven Bereich der sprechenden Medizin geradezurücken. – Vittoria Braun ist langjährige Hausärztin und baute den Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Charité als erstem Lehrstuhl in den neuen Bundesländern auf.

[Vittoria Braun](#), Jg. 1948, studierte Medizin und ist seit 1992 niedergelassene Fachärztin für Allgemeinmedizin, seit 1991 Lehrbeauftragte der Charité, seit 1998 Professorin an der Charité und dort seit 2001 in verschiedenen leitenden Positionen am Institut für Allgemeinmedizin tätig. Seit 1991 hatte sie verschiedene Positionen in der Berliner und der Bundesärztekammer inne. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Krankenhausreform auf holprigem Weg

Trotz aller Warnungen hat der Deutsche Bundestag am 16.10.2024 den [Weg für die Krankenhausreform frei gemacht](#). Die Parteien der Ampelkoalition stimmten für das "Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz", die Opposition dagegen. Das offizielle Ziel der Reform: bestmögliche Versorgung durch weniger Krankenhäuser, aber mehr Spezialisierung, bei gleichzeitigem Erhalten der ortsnahen Notfallversorgung. So sollen Kliniken mit Abteilungen für Innere Medizin und Allgemeine Chirurgie für jeden Bürger in [maximal 30 Minuten Auto-Fahrzeit](#), alle anderen Krankenhäuser müssen in mindestens 40 Pkw-Fahrminuten erreichbar sein. Zudem wird der Einfluss der Fallpauschalen reduziert, indem den Kliniken für bestimmte Leistungen über eine [Vorhaltevergütung von 60%](#) zusteht. Für die Reform soll ein [Transformationsfonds mit einem Gesamtvolumen von 50 Mrd. Euro](#) über zehn Jahre aufgebaut werden, je zur Hälfte finanziert von Bund und Ländern. Die Reform mit ihren Strukturvorgaben fand auch im November 2024 im [Bundesrat eine Mehrheit](#).

Die Strukturvorgaben erfolgen durch die Gesundheitsministerien der Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen wurden diese bereits im Dezember 2024 den Krankenhäusern verbindlich mitgeteilt. Daraufhin sind dort bis zum 18.01.2025 [rund 60 Klagen gegen die von den Bezirksregierungen ausgestellten Feststellungsbescheide](#) nach dem neuen Krankenhausplan NRW bei den Verwaltungsgerichten eingegangen. Die Klagen sollen laut Ministerium [keine aufschiebende Wirkung](#) haben. Die Bundesländer sollen ihre Krankenhausplanung bis Mitte 2026 abgeschlossen haben, damit die neue Finanzierungsform ein halbes Jahr später umgesetzt werden könne. Wenn diese ausgesetzt werde, würde weiterhin die Fallpauschalen-Finanzierung gelten. Die [Krankenhausesellschaft fordert Korrekturen](#) an der Krankenhausreform und sieht die Fristen für die Vorhaltefinanzierung zu kurz gesetzt.

[Inhalt](#) ↑

● Bundesregierung wertet kaum Daten zu Impfnebenwirkungen aus

Die ARD wirft der Bundesregierung erstmals vor, Daten zu Impfnebenwirkungen zu ignorieren. "Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI, zuständig für die Zulassung und Überwachung der Sicherheit von Impfstoffen und biomedizinischen Arzneimitteln in Deutschland) kommt seiner gesetzlichen Verpflichtung, Daten der Kassenärztlichen Vereinigungen zu Impfnebenwirkungen auszuwerten, seit vier Jahren nicht nach", heißt es in einem Beitrag des Wirtschafts magazins 'Plusminus'. Die vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und vom Südwestrundfunk (SWR) produzierte und am 20.11.2024 ausgestrahlte Sendung [macht auf das Schicksal von Menschen mit Impfschäden der COVID-19-mRNA-Präparate aufmerksam](#). Im Unterschied zur Uni-Klinik Marburg, bei der 8'000 vom Post-Vac-Syndrom betroffenen Patienten auf der Warteliste stehen, sieht das PEI keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Post-Vac-Syndrom und der Covid-Impfung, da ihm aktuell nur 2'614 Verdachtsfälle bekannt seien. Angesichts der Weigerung des PEI, die Diagnosedaten der Krankenkassen auszuwerten, fragt 'Plusminus': "Will die Bundesregierung das wahre Ausmaß an Impfgeschädigten gar nicht wissen?"

Das PEI "veröffentlicht" insgeheim einen Datensatz zu den Nebenwirkungen der Corona-Vakzine. Die Liste umfasst nahezu eine Million Meldungen, darunter über 1'000 zu möglichen Todesfällen im Nachgang der Spritze. [Offenbar gab es weniger gefährliche und hochgradig toxische Chargen](#), wie die Daten aus anderen Ländern zeigen und was die Impfung mutmaßlich zu einem Roulette-Spiel machte. Aber in Deutschland wertete das PEI die Daten trotz Verpflichtung nicht aus und will z.B. in den dänischen Daten oder den von einem Rechtsanwalt zusammengetragenen Daten "keine chargenbezogene Häufung von Verdachtsfallmeldungen zu Impfnebenwirkungen nach Covid-19-Impfungen mit Comirnaty" sehen. Die Anfrage von fünf Professoren, die Chargen-Prüfprotokolle einsehen zu dürfen, wurde abgelehnt. Nun müssen die Professoren, die wissen wollen, ob "auch nur einer der gemeldeten Todesfälle durch die Impfung verursacht wurde", auf

die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt warten, ob ihnen die Daten doch zur Verfügung gestellt werden müssen. Zudem haben die Professoren per Brief acht Fragen an das PEI adressiert. Sie geben zu bedenken: "Das Vorgehen von Regierungen und Behörden hinsichtlich der Bewertung der Wirksamkeit und der Sicherheit der Corona-Impfstoffe sowie bezüglich der Gefahren, die von einer Corona-Infektion ausgehen, erscheint uns häufig vorschnell und wenig evidenzbasiert gewesen zu sein. Im Gegensatz dazu steht der enorme Druck, der – zur Erhöhung der Impfbereitschaft – auf die gesamte Bevölkerung ausgeübt wurde, sowie der De-facto-Zwang für bestimmte Berufsgruppen. Es ist also nicht nur die Frage, ob die Arzneimittelaufsicht versagt hat, sondern insbesondere auch, inwiefern die Politik versagt hat." Und. "Das Versagen betrifft jedenfalls nicht nur die deutschen Behörden. Es war, auch wenn bezogen auf Corminaty deutsche Behörden eine besondere Verantwortung tragen, ein internationales Versagen." So seien weltweit die Kaufverträge der nationalen Regierungen z.B. mit Pfizer ähnlich abgefasst und betonen, dass der Käufer anerkennt, "dass weder die langfristigen Folgen noch die langfristige Effektivität der Impfstoffe derzeit bekannt sind und dass Nebenwirkungen eintreten können, die derzeit unbekannt sind. Zudem bestätigt der Käufer, dass das Produkt – im angemessenen Umfang – keiner Qualitätskontrolle von seiner Herstellung bis zur Verwendung ('Serialization') unterliegt."

[Paul Schreyer](#), Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Jörg Matysik](#), Jg. 1964, ist Chemiker und Professor an für Analytische Chemie und Molekülspektroskopie der Universität Leipzig. Er betreibt einen eigenen [Blog](#). (Red.)

[Tobias Unruh](#), Jg. 1967, ist Professor für Nanomaterialcharakterisierung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. (Red.)

[Ralf Wurzbacher](#), Jg. 1973, freischaffender, konsumkritischer und antikapitalistischer Journalist mit Schwerpunkt Bildungs- und Hochschulpolitik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Milena Preradovic: "Regierung agiert verfassungswidrig" – mit Prof. Dr. Boehme-Neßler

Der Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler betont im Interview mit Milena Preradovic (Video, 50m58): "[Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Demokratie](#). Wenn der Staat das nicht akzeptiert, handelt er verfassungswidrig." Vor diesem Hintergrund kann eine Strafanzeige wegen eines satirischen Posts oder unangekündigte Wohnungsdurchsuchungen wegen angeblicher Hassreden, Volksverhetzungen oder Beleidigungen absolut nicht verstehen. Der Staat habe verhältnismäßig zu handeln. Nach Boehme-Neßler sind laut Bundesverfassungsgericht auch verfassungsfeindliche Meinungen erlaubt. Boehme-Neßler weist auch darauf hin, dass Verbote eindeutig formuliert sein müssen. Eine Einschüchterung des Bürgers sei untragbar. Durch das staatliche Handeln, verstärkt durch Melde- und Denunzierungsstellen, werde der Bürger unter gewaltigen Druck gesetzt, auch wenn er in einem nachfolgenden Gerichtsverfahren aufgrund der sehr weitgefassten Meinungs- und Kunstfreiheit in der Regel freigesprochen wird. In der Denunziation sieht er ein staatlich gefördertes Spaltwerkzeug. Eine Auslagerung von solchen Meldestellen an private Institutionen und die Absicht, sogar die Gedanken der Bürger überwachen oder Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze verfolgen zu wollen, sei untragbar.

[Punkt.Preradovic](#) "greift aktuelle, heiße und kontroverse Themen auf". Auf dieser Plattform diskutiert Milena Preradovic, [Moderatorin, Medientrainerin und Autorin](#), mit "meinungsstarken Koryphäen". (Red.)

[Volker Boehme-Neßler](#), Jg. 1962, ist promovierter Rechts- und Politikwissenschaftler und lehrt seit 2014 an der 'Carl von Ossietzky Universität Oldenburg' Öffentliches Recht sowie Medien- und Telekommunikationsrecht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Öffentlich finanzierte Bibliothekare drängen Lesern mit einem Index der gefährlichen Bücher ihre Weltsicht auf**

Laut Norbert Häring beschäftigen sich neuerdings Mitarbeiter von Bibliotheken damit, eine [Klassifizierung der Bücher](#) ihrer Bibliothek vorzunehmen und gegebenenfalls Warnhinweise anzubringen, dass das Buch ein Werk mit umstrittenem Inhalt und unter Umständen nicht mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft vereinbar sei. Dabei gibt es offensichtlich auch Fälle, bei denen die Bibliothekare genötigt werden, den Hinweis anzubringen, weil ein zentraler Zirkel von "Experten" solch eine Einstufung vorgenommen hat. Dieser zentrale "Expert*innenzirkel, Medien an den Rändern" ist beim BIB (Berufsverband Information Bibliothek) angesiedelt. Häring ist "überzeugt, dass es mit demokratischen Prinzipien unvereinbar ist, wenn ein Verband steuerfinanzierter Bibliothekare sich aufschwingt, einseitig politische Literatur 'am rechten Rand' auf 'weltanschauliche Vertretbarkeit', also Vereinbarkeit mit ihrer Weltanschauung, zu prüfen und den Bibliotheksnutzern ein abwertendes Urteil aufzudrängen". Nach Häring fällt auf, dass es bei der Klassifizierung immer nur um Bücher geht, die der politischen Positionsbestimmung "rechts" unterzogen werden: "Dabei hat die Welt durchaus auch sehr schlimme Erfahrungen mit menschenfeindlichem linkem Totalitarismus gemacht. Erinnerung sei an Stalin, Pol Pot und Mao."

Norbert Häring meint an anderer Stelle: "Öffentlich finanzierte Bibliotheken sind in besonderem Maße [dem Grundsatz der politischen Neutralität und der Meinungs- und Informationsfreiheit verpflichtet](#). Angeblich gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Bibliotheken, die stattdessen meinen, sie dürften mit öffentlichem Geld dem Bibliothekspublikum eine unter ihnen vorherrschende Weltanschauung oder einen ihnen zusagenden 'wissenschaftlichen Konsens' aufdrängen, sollten die Mittel gestrichen oder gekürzt werden. Vorher sollte man es natürlich mit einem strengen Wort oder notfalls dem Austausch von Führungspersonen versuchen. Entscheidend für die Anschaffung von Büchern müssen Publikumsinteresse und Relevanz der Titel sein, nicht wie gut sie mit einer bestimmten Weltanschauung harmonieren."

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Datenkraken sollen ihre KI-Modelle mit ePA-Daten trainieren dürfen – bei abgespecktem Datenschutz**

Auf einer Konferenz des Digitalverbands Bitkom hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach offengelegt, warum die Regierung sich so für 'Digital Health' und die elektronische Patientenakte engagiert: Weil unsere Krankheitsdaten ungemein wertvoll für Zwecke der "Forschung" sind, sollen "die großen US-Datenkraken wie Google, Meta und Open AI ihre Sprachmodelle für diesen Datensatz nutzen, bzw. an diesem Datensatz zu arbeiten." Tag für Tag wachse dieser Datenschatz beim 'Forschungsdatenzentrum Gesundheit' (FDZ Gesundheit), der auch um weitere Daten aus mehr als 400 medizinischen Registern und Genomdaten ergänzt werden solle. Entgegen den Versprechungen werden die [Daten aber nicht anonymisiert, sondern nur pseudoanonymisiert](#), womit es den Datenkraken möglich sein wird, die Krankenakten konkreten Personen zuzuordnen. Norbert Häring erinnert daran, dass diese umfassenden Datenspenden nicht möglich wären, wenn es nicht die Opt-Out-(Widerspruchs-)Lösung bei der elektronischen Patientenakte (ePA) gäbe. Häring: "Wer immer noch nicht der Einrichtung einer ePA bei seiner Krankenkasse widersprochen hat, sollte das umgehend tun. Wer zu den angeblich 69% gehört, die laut Bitkom-Umfrage

Gesundheits-Apps auf dem Smartphone nutzen und damit Konzerne wie Meta, Google und Apple mit ihren Körper- und Standortdaten füttern, sollte sich überlegen, ob das so eine gute Idee ist, und ob es nicht vielleicht Alternativen gibt. Früher jedenfalls gab es Schrittzähler ohne Internetanbindung.“

Die Regierung zwingt alle Ärzte, Therapeuten und gesetzlichen Krankenkassen, bei dem System der elektronischen Patientenakte (ePA) mitzumachen. [Gesetzlich Versicherte müssen aktiv bei Ihrer Krankenkasse widersprechen](#), wenn sie keine ePA wollen. Private Versicherer sind von der ePA-Pflicht ausgenommen. Die hochsensiblen Daten der ePA werden in einer Cloud gespeichert, also auf den Servern der großen US-IT-Konzerne, auf die im Prinzip alle Beteiligten am Gesundheitssystem in ganz Europa zugreifen können. Diese Daten vor unbefugtem Zugriff zu schützen, ist laut erfolgreichen Hackern der CCC (Chaos Computer Club) nicht möglich, wie sie mit einem Schaubild auf einem Kongress ([Video, 52s](#)) darlegen. Der CCC fordert deshalb in einem am 27.12.2024 veröffentlichten Beitrag “ein Ende der ePA-Experimente am lebenden Bürger“.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Karsten Montag: Der Krieg ernährt den Krieg**

Deutschland hat der Ukraine im Zusammenhang mit dem Krieg bislang Leistungen im Wert von 37 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, in Form der Aufnahme von Flüchtlingen, direkten Zahlungen oder Waffenlieferungen. Karsten Montag geht der Frage nach, [woher dieses Geld eigentlich kommt](#). Ein Teil kommt demnach aus höheren Einnahmen bei den Gemeinschaftssteuern (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Abgeltungssteuer). Ein anderer Teil durch intransparente Kürzung der Sozialleistungen und der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, durch Kürzungen bei verschiedenen Ministerien (Gesundheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung, Auswärtiges Amt, Bildung & Forschung, Wirtschaft, Klimaschutz, Ernährung & Landwirtschaft). Auch die Zuwendungen an die Ukraine sowohl bzgl. der finanziellen als auch der militärischen Mittel sind intransparent sowie zu großen Teilen über sogenannte “Sondervermögen“ (Neuverschuldung) erfolgt, wie Montag detailliert darlegt.

[Karsten Montag](#), Jg. 1968, arbeitet als freier Autor, verfasst gesellschaftskritische Romane und Sachtexte. Eines seiner wichtigsten Ziele ist es, seine Mitmenschen zu ermutigen, sich ihre Meinung auf Basis von Fakten und unter Nutzung des gesunden Menschenverstandes zu bilden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **GFP: Die Konzentration der europäischen Rüstungsindustrie**

Führende Repräsentanten der Rüstungsindustrie der europäischen NATO-Staaten arbeiten an einer Konzentrierung der Branche und einer [massiven Ausweitung der Rüstungsproduktion über europäische Grenzen hinweg](#). Dies geht aus einem Bericht über ein Treffen namentlich nicht genannter europäischer Rüstungsmanager hervor, das von 18.11. bis 23.11.2024 auf dem britischen Flugzeugträger ‘HMS Queen Elizabeth’ abgehalten wurde, während dieser – bewacht von einer sogenannten Heimatschutzkompanie – im Hamburger Hafen ankerte. Das Geheimgespräch knüpfte an das ‘Trinity House Agreement’ an, ein deutsch-britisches Militär- und Rüstungsabkommen, das im Oktober in London unterzeichnet wurde und u.a. gemeinsame deutsch-britische Rüstungsprojekte vorsieht. Im Bericht über das Hamburger Treffen heißt es, man gehe davon aus, dass die für 2024 in den europäischen Militärhaushalten eingeplanten Ausgaben

von 436 Mrd. US-Dollar schon bald gesteigert würden; komme es zu der anvisierten Aufstockung der Wehretats auf 3% der Wirtschaftsleistung, dann stünden in Kürze gut 280 Mrd. US-Dollar zusätzlich zur Verfügung. Ansätze zur Verschmelzung der EU-Rüstungsindustrie sind bereits vorhanden.

GFP, [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● GFP: Das Mindset für den Krieg

Eine wachsende Zahl an Kommandeuren der Bundeswehr dringt öffentlich auf eine [Einstimmung der Bevölkerung auf Kriegssituationen](#) und verlangt die Förderung einer dazu passenden Mentalität. Man müsse die Menschen darauf vorbereiten, dass im Kriegsfall "konservativ mit 1'000 Verwundeten pro Tag" an der Front im Osten zu rechnen sei, erklärt etwa der Kommandeur des Bundeswehr-Landeskommandos Baden-Württemberg; dann werde auch in zivilen Krankenhäusern "der schwer verwundete Soldat zuerst behandelt ..., der Blinddarm-Patient später". Man müsse sich "darauf einstellen", "dass auch auf dieses Land wieder geschossen werden kann", verlangt der Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein; daher gelte es, Bunker "wieder nutzbar" zu machen. Während die Bundesregierung laut Berichten eine "Bunker-App" erarbeiten lässt, fordert ein hochrangiger deutscher NATO-Kommandeur von der deutschen Bevölkerung einen stärkeren "Wille[n] zur Selbstbehauptung". Zugleich kritisiert der CDU-Außen- und Militärpolitiker Roderich Kiesewetter, die deutschen "Antworten" auf die angebliche Bedrohung durch Russland sähen weder NATO-Konsultationen noch die Ausrufung des Spannungsfalls vor.

GFP, [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Ralph Bosshard: Eurasien organisiert sich selbst, während Europa sich kastriert

Ende Oktober 2024 fand in der belarussischen Hauptstadt Minsk die zweite Konferenz für eurasische Sicherheit statt, an welcher 600 Vertreter aus 40 Staaten über die zukünftige Ausgestaltung der Sicherheit auf der größten Landmasse der Erde diskutierten. Es fehlten weitgehend offizielle Vertreter aus Westeuropa, Nordamerika und aus der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Laut Ralph Bosshard sind die Teilnehmer daran interessiert, eine "[Charta der Vielfalt und der Multipolarität](#)" ohne Rivalität zu kreieren und diese Idee über BRICS+ weiter zu verbreiten. Es sei den Teilnehmern um weit mehr als militärische Fragen, sondern primär um Fragen von Wirtschaft, innerer Sicherheit, Diplomatie und Außenpolitik gegangen. Nichteinmischung in die Angelegenheiten Eurasiens werde wohl eine der zentralen Forderungen der Teilnehmerstaaten werden. Nach Bosshard werden die Diskussionen um die Ausgestaltung der "Charta für Vielfalt und Multipolarität" wohl zeigen, wie die Weltpolitik in Zukunft aussehen wird und wo die Widersprüche mit dem Westen liegen. Bosshard geht davon aus, dass der Westen und die OSZE an Bedeutung verlieren werden, dass es aber deshalb wichtig sei, dass Ungarn und seine Regierung als Vermittler zwischen Ost und West auftreten.

[Ralph Bosshard](#), Oberstleutnant a.D., war Berufsoffizier der Schweizer Armee, erfuhr Ausbildung an der Generalstabs-Akademie der russischen Armee in Moskau, diente als militärischer Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz bei der OSZE, als Senior Planning

Officer in der 'Special Monitoring Mission to Ukraine' und als Operationsoffizier in der Hochrangigen Planungsgruppe der OSZE. Zivilberuflich Historiker (Magister, Universität Zürich). (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Andrej Hunko: **Demokratische Standards fallen der Geopolitisierung zum Opfer**

Für die Beobachtung der Wahl am 26.10.2024 in Georgien gab es ca. 100 Abgeordnete, die sich zusammensetzten aus Beobachtern von den parlamentarischen Versammlungen des Europarats (nicht EU), der OSZE, der NATO und der EU. Hinzu kamen noch Hunderte Lang- und Kurzzeitbeobachter der OSZE. Andrej Hunko wurde vom Europarat entsandt und hat die Wahlen in Tiflis und der Kleinstadt Gori beobachtet. Auch wenn die überwiegende Zahl der Beobachter der Regierungspartei (Georgischer Traum) sehr ablehnend und misstrauisch gegenübergestanden hätten, seien die Beobachter insgesamt nicht von einem großflächigen Wahlbetrug ausgegangen.

Für seine Beobachtung gibt Hunko an, u.a. "mit der Regierungspartei, der Opposition, mit der Wahlbehörde, mit NGOs und Medienvertretern", und parallel zum offiziellen Programm auch mit den jungen kritischen Akteuren gesprochen zu haben. Laut Hunko gibt es in Georgien, das 3,7 Millionen Einwohner hat, 31'000 registrierte NGOs, von denen 99% vom Westen finanziert seien. Trotzdem habe die Regierungspartei 54% der Stimmen bekommen, während die stärkste Oppositionspartei, die 'Coalition of Change', knapp 11% erreicht habe. [Die Stimmen seien mehrfach ausgezählt worden und immer das gleiche Ergebnis festgestellt worden \(Seite 9\)](#): "erstens durch die Wahlmaschinen, zweitens fallen die Wahlzettel nach den Wahlmaschinen in die Urne, die anschließend ausgezählt wurden. Die kamen zum gleichen Ergebnis, vielleicht gab es ein, zwei Stimmen Unterschied, was normal ist. Dann folgte die eigene Zusammenzählung durch die NGOs, die in allen Wahllokalen anwesend waren und ihre Ergebnisse über ihre eigenen Strukturen übermittelten. Sie kamen auch zum gleichen Ergebnis von knapp 54%. Dann wurden die schweren Vorwürfe von Wahlbetrug laut. Daraufhin ordnete die oberste Wahlbehörde in einem vierten Schritt an, die Wahlzettel von zufällig fünf ausgewählten Stimmbezirken pro Region nachzuzählen, was letztlich 14% aller Wahllokale betraf. Auch sie erhielten das gleiche Ergebnis." Trotzdem werde die Behauptung des Wahlbetrugs aufrechterhalten und unterstützt, ohne dass konkrete Beweise dafür vorgelegt worden seien.

Hunko weist darauf hin, dass die USA die Lage in Georgien realistischer einschätzten als die Europäer. Bei der gegenwärtigen Stimmung in Georgien sei nicht mit einem Aufstand gegen die Regierung zu rechnen. Die Haltung der Europäer gegenüber der Regierungspartei sei ein Problem, wenn es darum gehe, das Bestreben der georgischen Regierungspartei wahrzunehmen und aufzugreifen, die nicht nur mit Russland, sondern auch mit der EU gute Beziehungen haben möchte.

[Andrej Hunko](#), Jg. 1963, Medizinstudium in Freiburg, Ausbildung als Mediengestalter, Seit 1981 aktiv in der Friedens-, Umwelt- und sozialen Bewegungen. Seit 2009 Mitglied des Bundestages und seit 2016 Europapolitischer Sprecher der Fraktion 'Die Linke'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Michael Lüders: **Wasteland. Der mörderische Alltag im Nahen Osten**

Michael Lüders betont in seinen Ausführungen "[Wasteland. Der mörderische Alltag im Nahen Osten](#)" (Video, 55m08), dass es die Strategie der israelischen Regierung und maßgeblicher israelischer Politiker ist, die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu vertreiben, die zum Überleben notwendige Infrastruktur zu zerstören und das UN-Hilfswerk UNWRA auszuweisen. Dazu sei zunächst im nördlichen Teil begonnen worden. Diese extremistischen Vorstellungen bis hin zu

Groß-Israel würden von einem Großteil der israelischen Öffentlichkeit geteilt. Dass die westlichen Staaten darauf nicht kritisch reagieren, ist für Lüders ein Verrat an den Palästinensern. Den im Gazastreifen stattfindenden Völkermord nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, wie dies von Bundeskanzler Olaf Scholz praktiziert werde, lässt keinen Willen zur Lösung erkennen. Lüders kritisiert die Waffenlieferungen der USA und Deutschlands sowie die deutsche Berichterstattung, die die vielen toten Palästinenser und Libanesen in der Regel nicht melden. Für Lüders zeigt diese Haltung der Machteliten, dass es ihnen nur darum geht ihre Machtposition zu bewahren, egal, was das für die eigene Gesellschaft und Wirtschaft bedeutet. Selbst die Kirchen im Westen würden mehrheitlich schweigen. Eine Aussicht auf Friedensverhandlungen sieht Lüders nicht.

Michael Lüders, Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● **Deutschland muss umgehend aufhören, die Vernichtung von Palästinensern zu unterstützen**

Angesichts des sich abzeichnenden Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung durch Israel forderten am 27.10.2024 über 2'300 Wissenschaftler, Journalisten und Autoren aus aller Welt die deutsche Bundesregierung auf, [umgehend die Unterstützung Israels bei der Vernichtung der Palästinenser einzustellen](#), "indem sie Israel politische, finanzielle, militärische und rechtliche Unterstützung gewährt. Die Mitschuld Deutschlands an den Gräueltaten Israels muss aufhören." Es wird betont: "Als Vertragsstaat der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord und des Römischen Statuts ist Deutschland historisch, ethisch, rechtlich und politisch verpflichtet, die in diesen Verträgen geächteten Völkerrechtsverbrechen weder zu begehen noch zu unterstützen oder zu befördern."

In seinem Vortrag vom 20.11.2024 in Hamburg erinnert Shir Hever Deutschland daran, dass es die 1951 verabschiedete UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord unterzeichnet hat. Deutschland habe auch die Zuständigkeit des IStGH für Deutschland akzeptiert und den Vertrag über den Waffenhandel (ATT) unterzeichnet. Aber derzeit verstoße Deutschland gegen diese Vereinbarungen, indem es Waffengeschäfte mit Israel unterzeichnet, obwohl der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte, dass "Palästinenser menschliche Tiere sind und entsprechend behandelt werden. Sie werden keine Nahrung, kein Wasser und keine Medizin erhalten", was ein klarer Befehl an das israelische Militär sei, einen Völkermord zu begehen. Deutsche Politiker wie Habeck und Baerbock treffen sich mit einem in Deutschland stationierten israelischen Offizier, der sagt, dass Gaza mit der Hamas gleichzusetzen sei.

Hever erinnert daran, dass Deutschland der israelischen Armee in Israel stationierte Drohnen zur Verfügung stellt, mit denen tonnenweise Bomben auf Zivilisten in Gaza abgeworfen werden. Deutschland liefere weiterhin Waffen an Israel, obwohl der IGH am 26.01.2024 entschieden hatte, dass Israel einen Völkermord begeht. Zu diesen Waffen gehören auch die Matador-Raketen, die Israel nutzt, um Wohnhäuser zu sprengen. Vor dem Hintergrund der Verweigerung von humanitären Gütern nach Gaza [erinnert Hever Deutschland an die Belagerung von Leningrad im Zweiten Weltkrieg](#). Hever nennt in der Folge noch weitere Beispiele für Deutschlands unmoralisches und illegales Verhalten. Hever zitiert das Lemkin-Institut für Völkermordprävention: "[...] Der deutsche Staat und die deutschen Eliten haben offensichtlich nichts aus ihrer Geschichte gelernt. [...] Deutschland sollte für den Wiederaufbau Palästinas aufkommen müssen, wenn Israels Völkermord endlich gestoppt wird. Und es sollte einen beträchtlichen Teil seines Landes abtreten müssen, um für all den Schaden aufzukommen, den es dem jüdischen und dem palästinensischen Volk zugefügt hat [...]." Letztlich ist Hever überzeugt: "Keine noch so umfangreiche Menge

deutscher und amerikanischer Waffen wird es Israel ermöglichen, einen Krieg auf Dauer zu führen und alle Palästinenser, alle Libanesen und alle Syrer zu töten. [...] Vielleicht werden sich sogar Deutsche auf der Bank des Internationalen Strafgerichtshofs wiederfinden, um zu erklären, warum sie so gehandelt haben, wie sie es getan haben.“

[Shir Hever](#), Jg. 1978, Spezialist für Wirtschaftsfragen in Israel und Palästina, untersucht ökonomische Aspekte und Auswirkungen der israelischen Besatzung der palästinensischen Territorien sowie der Kampagnen für 'Boykott, Desinvestment und Sanktionen' (BDS) gegen Israel. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Syrien: Schutzlos fremden Interessen ausgeliefert**

In ihren Beiträgen gibt Karin Leukefeld einen Einblick auf die Situation in Syrien nach den ersten Tagen des Umbruchs und auf die dort aktiven Mächte und Interessen. Dann legt sie das medial vermittelte Bild auf die Vorgänge in Syrien dar. (Red.)

Die ersten Tage nach dem Umbruch: Seit Kampfverbände unter der Führung von 'Hay'at Tahrir al-Scham' (HTS) am 27.11.2024 aus Idlib ihren großen Überfall auf Syrien begannen, rästelten Syrier laut Karin Leukefeld in Stadt und Land, wie dieser erneute Angriff für sie ausgehen werde. Nach zehn Tagen deutete alles darauf hin, dass Syrien ein großer Umbruch bevorsteht. Doch anders als die Dschihadisten, die auf ihren Autos und Motorrädern durchs Land fahren, Videos von sich und Unterstützern drehen, Statuen stürzen, Fahnen schwenken und verkünden: "Die Küste gehört uns", [fragen sich die Syrer, was aus ihnen, ihren Kindern und ihrem Lebenswerk werden soll](#). Gefängnisse werden geöffnet, und neben politischen Gefangenen, die sich über die plötzliche Freiheit freuen und auf die Suche nach ihren Familien machen, strömen nun auch Drogenhändler, Mörder und Diebe ins Land. Armee und Polizei haben sich zurückgezogen, die Preise für Lebensmittel haben sich vervielfacht, die Bevölkerung ist schutzlos sich selbst überlassen und viele sind auf der Flucht.

Die aktiven ausländischen Mächte und Interessen: Weil niemand weiß, was der neue US-Präsident, Donald Trump, nach der formellen Amtsübernahme in Szene zu setzen vorhat, versuchen verschiedene Mächte noch in aller Schnelle neue Fakten zu schaffen – so insbesondere jetzt auch in Syrien. Die Nahost-Spezialistin Karin Leukefeld versucht, die verschiedenen Akteure zu identifizieren und ihre Interessen zu erklären. Zunächst ist festzuhalten, dass die von HTS geführten Dschihadisten von Kampfverbänden aus Tschetschenien, aus dem Kaukasus, aus der Ukraine und von Uiguren unterstützt wurden. Durch ihre Ausdünnung war die syrische Armee dem Ansturm nicht gewachsen. Für Leukefeld ist klar, da findet kein Bürgerkrieg statt und [es geht nicht um die Interessen der Syrer](#), vielmehr werde das Land "erneut zum Schlachtfeld fremder Interessen". Und: "Der Angriff der Dschihadisten ist ein Bruch jeder vorherigen innersyrischen Vereinbarung." Das durch die westlichen völkerrechtswidrigen Sanktionen und durch anhaltende Zerteilung zum wirtschaftlichen Stillstand gekommene Land leidet durch die Gewalt von Gruppierungen und Mächten auf syrischem Territorium, die von ausländischen Drahtziehern finanziert werden. Involviert sind USA, NATO-Staaten, EU, Türkei und Israel, wobei nicht alle diese Akteure den Interessen des US-Hegemon folgen, sondern eigene Interessen verfolgen. Hinzu komme, dass Iran, Irak, Syrien, Libanon, Jemen und Gaza um ihr Recht auf staatliche Souveränität und Unabhängigkeit kämpfen.

Das medial übermittelte Bild: Das, was "von Medien und Politikern der westlichen Hemisphäre und ihren Partnern im östlichen Mittelmeerraum und in der arabischen Golfregion über Syrien produziert wird", vergleicht Karin Leukefeld mit einem "Wimmelbild", also einem Bild, das "mit der Wirklichkeit nichts (mehr) zu tun hat". Damit versuchen nach Leukefeld "die Drahtzieher dessen, was in Syrien derzeit geschieht", vor allem die Syrer ruhigzustellen. Aber diese Drahtzieher

seien schon für den Aufstand von 2011/12, für die dann folgende "illegale Besatzung und Plünderung syrischer Rohstoffe und syrischen Territoriums" und seit 2019 für die den Wiederaufbau verhindernden Sanktionen verantwortlich gewesen. Die Drahtzieher legen nun der auch von ihnen selbst als Terrororganisation verurteilten HTS und dessen Gründer Abu Mohammed al Jolani "Stabilität, Souveränität und territoriale Integrität Syriens" in die Hand. Dagegen werde alle Misstände im Land, alles Übel auf Bashar al-Assad abgeladen, der unter unklaren Umständen das Land ohne ein Wort verlassen und mit seiner Familie in Moskau "humanitäres Asyl" erhalten hat. Leukefeld: "Im 'Wimmelbild' Syrien, das der westlichen Öffentlichkeit präsentiert wird, gibt es keinen Raum für die Geschichte der Region und darin Syriens, das schon unmittelbar nach seiner Unabhängigkeit (1946) von US-Intrigen und Interventionen erschüttert wurde. [Es gibt keinen Raum für die hunderttausenden Flüchtlinge](#), die in dem Land ein neues Zuhause fanden:" Tscherkessen, Algerier, Armenier, Palästinenser, Iraker und Libanesen. Heute fliehen die Menschen laut Leukefeld aus Syrien, um sich vor den neuen Herrschern in Sicherheit zu bringen: kurdische Familien in Richtung Irak, schiitische Familien in Richtung Libanon und Irak, Bewohner der Golanhöhen nach Damaskus, wo aber das Leben nun um ein Vielfaches teurer geworden ist, auch wenn mangels einer Ordnung unkontrolliert Waren über die Grenzen kommen. "Niemand in Syrien weiß, wie es für ihn und seine Familie weitergeht in diesem neuen Krieg, der noch wie eine politische Veränderung daherkommt. Nichts gibt es so reichlich wie Waffen in den Händen von Dutzenden Kampfverbänden." Und: "Die Sorgen und Nöte der Menschen sind höchstens Randnotizen in den bunten und fröhlichen 'Wimmelbildern'." Und während die Drahtzieher am 15./16.12.2024 in Akaba tagten, zerstörte Israels Luftwaffe 80% der "militärischen Verteidigungsmöglichkeiten Syriens".

Weitere Berichte von Karin Leukefeld über schwierige und ermutigende Beobachtungen und insgesamt unklare Perspektiven in Syrien finden sich unter diesen Links:

- [Erkundungen vor Ort in Syrien - GlobalBridge](#)
- [Christen in Damaskus feiern Weihnachten fast ohne Zwischenfälle - DOMRADIO.DE](#)
- [Im Gespräch: Karin Leukefeld \(Welche Zukunft steht Syrien bevor?\)](#), Video (33m01)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Patrick Lempges: **Man kann das Paradies nicht mit Blut erkaufen**

Sofia Orr hat in Israel offen den Kriegsdienst verweigert. Dafür wurde sie diffamiert, bedroht und hat 85 Tage im Militärgefängnis verbringen müssen. Zusammen mit dem feministischen Netzwerk Mesarvot versucht sie Israel von innen heraus zu verändern und dazu internationalen Druck auf Israel zustande zu bringen, "damit sich diese schreckliche Katastrophe nicht weiter vollzieht". Ihre Verweigerung des Kriegsdienstes resultierte auch aus der auf Gedenkfeiern gewonnenen Erkenntnis, dass es keinen Sinn macht, "noch mehr Menschen umzubringen, um gefallene Soldaten oder Menschen, die im Holocaust gestorben sind, zu ehren". Zudem habe sie durch persönliche Kontakte zu Palästinensern im Westjordanland gelernt, dass diese Kontakte "ein wirklich wichtiger Schritt im Kampf gegen die Entmenschlichung der palästinensischen Bevölkerung in der israelischen Gesellschaft" sind. Ihre Entscheidung werde von der israelischen Gesellschaft, im Unterschied zu ihrer solidarischen Familie, "als äußerst inakzeptabel und verwirrend" angesehen. Aber sie sehe, dass "die Unterstützung für die Hamas oder den bewaffneten Widerstand im Allgemeinen [...] nur aufgrund der extremen Gewalt und der schrecklichen Lebensbedingungen, mit denen die palästinensische Bevölkerung konfrontiert sind", wächst. Sie attestiert Israel, dass "das Abdriften in Richtung Militarismus und sogar echten

Faschismus offensichtlich“ ist. [Die richtige Lehre aus dem Holocaust sei nicht, dass dieser nie wieder jüdischen Menschen, sondern keinem Menschen mehr passiert.](#) “Wenn Deutschland wirklich will, dass Jüdinnen und Juden in Frieden und Sicherheit leben, dann muss Deutschland einen gerechten, diplomatischen Weg unterstützen und nicht diesen Kreislauf des Blutvergießens“, in dem Israel die treibende Kraft sei. Die Chance, die Unterstützung des gewaltsamen Widerstands der Palästinenser zu schwächen, sieht Orr “darin, dass Israel diesen Kreislauf durchbricht. Israel hat sowohl die Verantwortung als auch die Macht, dies zu tun“.

Auch Soul Behar Tsalik und Iddo Elam, beide 18 Jahre alt, werden aus Protest gegen den von Zerstörung und Vernichtung gekennzeichneten Krieg in Gaza und die andauernde Besetzung palästinensischer Gebiete [den Eintritt in die israelische Armee verweigern.](#)

[Inhalt](#) ↑